

1. Unterschied Integration und Globalisierung, Konzepte erklären. Diskutieren Sie Anhand von Beispielen

Abgrenzung von Globalisierung:

„Europeanization refers to: Processes of (a) construction (b) diffusion and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‚ways of doing things‘ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU decisions and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures and public policies.“

Fokus auf Fusion von supranationalen und nationalen Politikprozessen:

Was Europäisierung (nicht) notwendigerweise ist:

Konvergenz:

Annäherung von nationalen Strukturen, Prozessen, Praktiken und Politikergebnissen im Zeitverlauf

Homogenisierung:

Vereinheitlichung von nationalen Strukturen, Prozessen, Praktiken und Politikergebnissen

Fragestellungen:

Objekte (nat politische Systeme von Europäisierung erfasst?), Mechanismen (wie wirkt Europäisierung?), Wandel (welche Auswirkungen auf nat Systeme und wie messen?), intervenierende Variablen (unterschiedliche Wirkung in unterschiedlichen Ländern?)

Objekte der Europäisierung:

Im Gegensatz zur prozeduralen (Politics) und inhaltlichen (Policy) Dimension wird mit Polity die formelle Dimension (beispielsweise Gesetzestexte, Verfassungsgrundsätze, Institutionen) des im Deutschen mit dem diffusen Wort Politik nicht näher spezifizierten Bedeutungsraums der Spielregeln gesellschaftlichen Zusammenlebens bezeichnet.

Polity (formelle Dimension):

Verfassung/Rechtssysteme

Institutionen

Normen, Werte, Identität

Politics (prozedurale Dimension):

System der Interessenformation und -aggregation (Parteien, Verbände, NGOs)

Wahlen

Politische Koordination u Entscheidungsfindung

System der Machtverhältnisse

Policy (inhaltliche Dimension)

Diskurse, Ziele u Prioritäten

Problemlösungen und Instrument

2. Besonderheiten der Regionalstudien in vergleichende Politikwissenschaft, Hauptannahmen, Beispiel geben

Areastudies sind nicht direkt übersetzbar mit: Regionalstudien oder Regionalwissenschaft
In der Geschichtswissenschaft wird von „Geschichtsregionen“ gesprochen

Areastudies :

- a) eine multidisziplinäre Perspektive auf ganze Gesellschaften oder Teile von Kontinenten (in diesem Sinne „Regionen“)
- b) eine spezifische Konzeption der Vergleichenden PoWi

Als ein Teil der Vgl. Politikwissenschaft stellen die Areastudies ein bestimmtes Verständnis von der Funktion der Politikwissenschaft für die gesellschaftliche Praxis und die politische **Öffentlichkeit** dar.

- immer vergleichend, aber nicht v.a. und ausschließlich nur auf Analyse kausaler Beziehungen zw. einzelnen Variablen gerichtet
- Sie sind problemorientiert, also formulieren Forschungsprobleme primär ausgehend von einem öffentlichen Interesse.
- Sie sind lösungsorientiert in dem Sinne, dass sie einen Beitrag zur Lösung öffentlich wahrgenommener Probleme anstreben.

Eigenschaften der Areastudies in Abgrenzung vom Konzept der vergl Powi:

- Sie sind weniger allein auf Input oder nur Akteurshandeln gerichtet, ohne diese Analysefelder aber völlig auszuschließen
- sie betonen den kulturellen und historischen Kontext jedes politischen Phänomens, insofern konzentrieren sie sich auf eine bestimmte geographisch - politische Region, auch einzelne Länderstudien werden diesem regionalen Kontext zugeordnet;
- sie nutzen Massendaten (Wirtschaftsstatistiken, Umfrageergebnisse) aber interpretieren diese ausgehend von Fallstudien, in denen auch qualitative Forschungsmethoden genutzt werden;
- sie sind sich der Grenzen eines szientistischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen Herangehens bewusst;
- Areastudies zielen darauf, durch die Nutzung von Konzepten verschiedener Disziplinen (so der Geschichtswissenschaft, der Sprach- und Kulturwissenschaften) den Vergleich anzureichern

Zusammenfassung (der Gegenrede zum Mainstream in der Vgl. Politikwissenschaft):

- Vergleiche in der Politikwissenschaft sind nicht nur mit einem bestimmten Ansatz (z.B. Behaviouralismus oder Neuer Institutionalismus) verbunden,
- es geht auch nicht nur um kausale Beziehungen zwischen zwei Ereignissen oder Prozessen oder Akteuren ($x \rightarrow y$; $x \rightarrow y$), sondern auch um komplexere und wechselseitige Zusammenhänge, um Wahrscheinlichkeiten, um Prägungen durch spezifische Kulturen, um Diffusion und Adaption

- Die Analyse von Staaten oder Prozessen ausschließlich in Staaten einer bestimmten Region ist ihr Fokus: → Areastudies Gehen davon aus, dass ein Vergleich verschiedener Politiken innerhalb eines bestimmten kulturellen und sozialen Umfeld(in einer politisch Geographischen Region) am interessantesten für das Verständnis des Funktionierens von Politik ist;
- sie nehmen an, dass Institutionen und Akteure in je verschiedenen sozialen undkulturellen Umwelten unterschiedlich wirken können
- Areastudies sind eine produktive Alternative (oder zumindest: eine unersetzliche Ergänzung) zu einem weltweiten Vergleich möglichst vieler Fälle

Beispiel Osteuropa: Osteuropa stellt nach 1989 eine spezifische Region dar, anhand derer es möglich wird, bestimmte Krisentendenzen europäischer Demokratie nachzuvollziehen. Ein Grund hierfür ist, dass alle Staaten durch das Erbe des Staatssozialismus ähnlich geprägt worden sind und es eine Tendenz hin zu einer spezifischen Form des Kapitalismus gibt.

3. Wieso die ökologische Frage in der Powi erst spät behandelt wurde, geben Sie eigene Stellungnahme nach Prof. Ulrich Brand.

Ökologie war (k)ein Thema für die Sozialwissenschaften bzw. Politikwissenschaften und es gab eine Zögerliche Annäherung der Sozialwissenschaften an die Ökologie- Problematik

Zwei Gründe:

- **gesellschaftlicher Grund:** es gibt ein **naturalistisches Verständnis** der ökologischen Krise (Gesetzmäßigkeiten“ der Natur). als die ökologische Krise zum ersten Mal politisiert wurde, war das Verständnis naturalistisch argumentiert. man thematisierte Bsp. die „Grenzen des Wachstums, Kritik an der Industriegesellschaft (Atomenergie, SO₂-Emissionen, Ozonloch, Dioxine, Müllentsorgung) mit dem Ziel: **Bestimmung der normativen Maßstäbe einer „an die Natur angepassten“ Lebensweise.** Gefragt waren naturwissenschaftliche „Gegen Experten“, nicht aber SozialwissenschaftlerInnen
- **Wissenschaftliche Grund:** Etablierung eines eigenen Forschungsgegenstands der Sozialwissenschaften seit dem späten 19. Jhdt. Unterscheidung zwischen „organischen“ und „psychischen Erscheinungen“ (als Gegenstand der Naturwissenschaften bzw. der Psychologie) und „soziologischen Tatbeständen“ (Durkheim) → Grundsatz, „Soziales nur durch Soziales zu erklären“ → Diese Vorstellung war lange vorherrschend, aber in den 1970er Jahren kam es zur Herausbildung einer sozialwissenschaftlichen ökologischen Forschung, weil es Erklärungsprobleme gab. → Die Sozialwissenschaften können beantworten: welchen Einfluss haben materielle Gegenstände, natürliche Gegebenheiten und technische Artefakte auf die Entwicklung von Gesellschaften, wie lassen sich diese Einflüsse der natürlichen Umwelt auf soziale Phänomene theoretisch erfassen und empirisch untersuchen?

4. Unterschied zwischen EU und klassische Staat

EU ist Mehrebenensystem

Mehrebenensystem bezeichnet das komplexe Beziehungsgefüge verschiedener horizontaler sowie vertikaler politischer Entscheidungsstrukturen. Im Gegensatz zu den Formen der klassischen Staatsorganisation wie etwa dem föderalen Bundesstaat oder dem unitarischen Einheitsstaat ist es im Mehrebenensystem nicht mehr möglich, klare Kompetenzabgrenzungen zu treffen.

Mehrebenensysteme werden durch eine mehr oder weniger stark ausgeprägte Politikverflechtung gekennzeichnet.

Das politische System der Europäischen Union hebt sich von einzelstaatlichen politischen Systemen deutlich ab.

Als supranationaler Zusammenschluss souveräner Staaten stellt die Europäische Union ein politisches Gebilde. Fusion von supranationalen und nationalen Politik Prozessen führen zur Gestaltung der Politischen und wirtschaftlichen Dynamik der EU und wird Teil der Politikgestaltung der EU

Anders als ein Bundesstaat kann die Europäische Union die Zuständigkeiten in ihrem politischen System also nicht selbst verteilen: Die Kompetenz-Kompetenz liegt nicht bei den EU-Organen selbst, sondern bei den Mitgliedstaaten.

BESONDERHEITEN der EU:

Verträge als Basis, häufig verändert

Kompetenzen: enumerative Einzelermächtigung

Gebiet wurde mehrfach erweitert

Spezielle Prozesse (vgl. H. Wallace ‚modes‘)

Andere Institutionen (KOM, EP)

EU als Mehrebenen System

Funktionsweise: Einzelstaaten als konstitutive Einheiten d. EU, vertreten in den EU Institutionen

Sogar substaatliche Akteure eingebunden:

Vorteil: politische Legitimität

Nachteil: ‚Politikverflechtungsfalle‘ (Scharpf)

5. Begriff von Politik aus feministischer Sicht beschreiben

Aus feministischer Sicht ist es unbedingt notwendig, Geschlechterverhältnisse in politischen Prozessen mit einzubeziehen. Geschlecht als Strukturkategorie hilft uns dabei zu erklären, wann und warum der Unterschied zwischen Männern und Frauen wichtig wird. Die Gesellschaft ist von Machtverhältnissen und Ungleichheiten durchzogen und es ist davon auszugehen, dass noch immer der „Male“stream vorherrscht. Die feministische Powi fragt danach, wie Zweigeschlechtlichkeit Institutionen, Normen und Prozesse, sowie Organisationen prägt. Wie werden Unterschiede und hierarchische Beziehungen (re)produziert, beziehungsweise wie kann ein positiver Einfluss auf diese Hierarchie nehmen. In der feministischen Forschung stehen aber auch andere Kategorien im Vordergrund

(Intersektionalität). Wie beispielsweise eben Geschlecht, Nationalität, Ethizität, Klasse, sexuelle Orientierung.

6. Wie misst man Entwicklung von Demokratie in der Politikwissenschaft?

Demokratiemessung bezeichnet die empirische Analyse von Demokratie, wobei es sich meist um eine quantitative Analyse handelt. Besondere Bedeutung gewinnt die Demokratiemessung auch dadurch, dass die Ergebnisse politisch Verwendung finden. So zum Beispiel werden Human Development Index und Freedom House etwa dazu herangezogen, Konditionalitätskriterien im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu erstellen. Die Weltbank hat seit 1989 demokratierelevante Kriterien als Element der Strukturanpassungsprogramme hinzugefügt. Politische Konditionalität für finanzielle Unterstützung „Good Governance“: Seit Beginn der 90er Jahre zunächst von der Weltbank und dann von der gesamten Gebergemeinschaft propagiertes Konzept: ohne Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit (accountability) der Regierenden eine sinnvolle Entwicklungszusammenarbeit nicht funktionieren kann.

7. Entwicklung Geschlecht- und Frauenforschung in der Politikwissenschaft

8. Definieren Sie 4 Theorie Begriffe von internationale Politik nach LIST, diskutieren davon 2. (Anders formuliert von Mayer 4 Forschungsprogramm von internationaler Politik und beschreiben sie 2)

- Idealismus ---Kosmopolitismus
- klassischer Realismus ----Neo-Realismus
- Institutionalismus: Regimetheorie Konstruktivismus
- feministische IB
- Entwicklungstheorie: Dependenz- und Modernisierungstheorie
- historischer Materialismus

Idealismus

- Historischer Hintergrund: Erster Weltkrieg, Völkerbund
- Ursache: Machtpolitik, historischer Imperialismus
- nach katastrophaler Erfahrung: Idee einer guten Welt

Grundfrage: Wie SOLL int. Politik beschaffen sein, um Weltfrieden zu verwirklichen?

- Normen und Werte wichtig (Herrschaft der Gesetze)
- menschliche Einsicht und Vernunft
- Rolle von Kooperation und Diplomatie wichtiger als militärische und andere Machtmittel; politische Institutionen
- Akteure sind Individuen und international Individuen und Staaten
- Internationale Politik als Positivsummenspiel

Realismus

- Henry J. Morgenthau (1948)
- historisch: entstanden in Zeiten des Ost – West - Konflikts, Idealismus Grund für Faschismus und Zweiten Weltkrieg
- Realismus als politische Theorie rationaler und guter Außenpolitik

Grundfrage: Wie IST int. Politik beschaffen?

- realistisch sein, Fakten erkennen durch Vernunft positivistische Theorie
- nicht moralisch sein, gute Absichten und idealistisch

Hauptannahmen:

- (1) internationales System ist anarchisch
- (2) es geht um Macht und Sicherheit der Nationen, die wachsen soll;

Hobbes'sches Menschenbild auf Staaten projiziert

- Staat kann sich bei Strafe des Schadens/Untergangs keine Moral leisten
- „Politik“ als autonome Sphäre, um Macht zu mehr internationaler Politik: zentral souveräne Nationalstaaten, „nationales Interesse“: Macht akkumulieren, garantiert Sicherheit
- Frieden als balance of power, Abschreckung, notfalls militärische Gewalt

Anerkennung anderer Interessen

- high politics“ (Sicherheit) wird privilegiert gegenüber „low politics“
- Kooperation/Bündnisse zur Absicherung von Machtinteressen
- Selbsthilfe wegen Konkurrenz wichtiger als Kooperation
- int. Politik als Nullsummenspiel der Machtverteilung
- Inneres nationaler Gesellschaften als „black box“

Kosmopolitismus: aktuelle Version des Idealismus

- wie Kant: bewusster Vorgriff auf vernünftige Verhältnisse sollen Defizite aktueller Entwicklungen offen legen
- Frage der Herstellung von Weltbürgerschaft unter Bedingungen der Globalisierung
- aktuelle Konflikte schaffen gemeinsame Problem- und Handlungshorizonte → Lernprozesse
- Werte der Aufklärung sollen global gelten: Gleichheit, Freiheit, gegenseitige Anerkennung
- Ergänzung der ökonomischen Globalisierung, Rolle der Nationalstaaten
- (Welt-)Öffentlichkeit als zentraler Mechanismus der Verständigung
- Aufwertung der UNO

Problem: globale Verhältnisse heißt westliche Verhältnisse

Institutionalismus: Regimetheorie

- historischer Kontext: hegemonischer Decline USA in 1970ern. Warum stabilisiert sich Weltwirtschaft? → wegen internationaler Kooperation
- internationale Kooperation: institutionalisierte Kooperation zwischen Staaten und transnationalen Akteuren in spezifischen Problembereichen
- internationale Regime sind normen- und regelgeleitete Formen der Kooperation zur politischen Bearbeitung von Problemen und Konflikten in verschiedenen Bereichen der politischen Beziehungen
- Welthandelsregime: WTO/GATT, UNCTAD, G 20, regionale und bilaterale Abkommen u.a.

Ziele von Regimen

- Über die Stabilisierung von Erwartungshaltungen, der Verringerung von Transaktionskosten und der Verbesserung von Informationen
- Institutionalisierung der politischen Bearbeitung von Problemlagen fördern – Klimarahmenkonvention
- mögliche Lernprozesse: Erhöhung der Kooperationsbereitschaft in anderen Bereichen

9. Beschreiben Sie den neuen Institutionalismus am Beispiel von Ostroms.

Verbindung institutioneller Faktoren und individuellem Verhalten:

- Interaktion von individuellem Handeln...
...unter verschiedenen institutionellen Rahmenbedingungen...
...und dem Wandel von Institutionen.
- HauptvertreterInnen: Elinor Ostrom

Drei Ausprägungen:

- soziologischer Institutionalismus (Normen und Konvention)
- Rational-Choice-Institutionalismus (Ziele und zielgerichtetes Handeln)
- Historischer Institutionalismus (Pfadabhängigkeit)

Beispiel: Governing the Commons

Forschungsfrage: Wie kann gemeinschaftliches Eigentum (common goods) in Gesellschaften zum Nutzen aller verwaltet werden?

- Kollektivgüter:
Umweltschutz, Verteidigung, politische Partizipation, Allmenden (gemeinschaftliche landwirtschaftliche Nutzfläche)
- Collective action:
Optimale Nutzung bzw. Schutz von Kollektivgütern erfordert Einhalten von Regeln
- Collective action- Problem:
ohne Institutionen wenig Anreize, Kollektivgüter zu erzeugen oder zu schützen

Ostrom: Verhalten einzelner kann durch Institutionen geprägt werden

- Erfolgreiche Verwaltung von Kollektivgütern z.B.
 - o Durch Sanktionen (auf verschiedenen Stufen)
 - o Überwachung aller institutionalisierten Regeln (Sanktionen)
 - o Einfacher Zugang zu Mechanismen für Konfliktlösung
 - o Auch: klare Abgrenzung der Nutzungsberechtigten
 - o Einbindung aller bei der Gestaltung von Regel und Sanktionen
 - o Schaffung von Institutionen soll Vertrauen schaffen und Kooperation ermöglichen

10. Diskutieren Sie die Ergebnisse der Europäisierungsforschung im Hinblick auf das österreichische Rechtssystem.

Primäres Gemeinschafts- und Unionsrecht
Gründungsverträge

Beitrittsverträge

Allg. Rechtsgrundsätze (Menschenrechte, Rechtssicherheit etc)

Die europ. Verträge stellen als Primärrecht – auch dank der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) – eine Art europ. Verfassungsrecht dar. Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften wurden inzwischen mehrfach geändert, zuletzt durch den Lissabonner Vertrag (2007), der jedoch noch in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Durch das primäre Recht wird auch geregelt, welche Organe auf welche Weise an Beschlüssen beteiligt sind.

Sekundäres Unionsrecht

Rechtsakte der Unionsorgane

Sekundärrecht, das im Rahmen der primärrechtlichen Verträge und gemäß den dort festgelegten Regeln erlassen wird.

Gewohnheitsrecht:

intern Verträge mit Dritten

Gewohnheitsrecht (zB Parlament in Brüssel)

Prinzipien des Gemeinschaftsrechts

Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung: Nach dem P. dürfen die am Gesetzgebungsprozess beteiligten **Organe der EU nur dann Gesetze (»Rechtsnormen«) erlassen, wenn sie durch die europ. Verträge hierzu ausdrücklich ermächtigt sind.**

Planungs- oder 'Integrationsverfassung': Wenn nicht vorgesehen in Verträgen: so erlässt der Rat einstimmig **auf** Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments die geeigneten Vorschriften (Art. 352/1 AEUV)

Subsidiaritätsprinzip:

Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine (staatliche) Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der [Mitgliedstaaten](#) nicht ausreichen und wenn die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können.

Diskriminierungsverbot

Grundfreiheiten:

Warenverkehrsfreiheit

Personenverkehrsfreiheit

Niederlassungsfreiheit

Dienstleistungsfreiheit

Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit

→ Einschränkungen nur erlaubt zum Schutz der öffentlichen Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit, Gesundheit, des Lebens, des nationalen Kulturgutes und des Eigentums

In Art. 288 AEUV sind folgende **Rechtsakte in EU-Zuständigkeit** vorgesehen:

1. **Verordnungen**, die unmittelbar gültig und in allen EU-Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich sind, ohne dass es einer Umsetzung in nationales Recht bedarf;

2. **Richtlinien**, die die Mitgliedstaaten an bestimmte Ziele binden, ihnen aber bei der Umsetzung in nationales Recht die Wahl der Mittel selbst überlassen;
3. **Entscheidungen** und **Beschlüsse**, die für die Empfänger rechtlich verbindlich sind und keiner Umsetzung in nationales Recht bedürfen;
4. **Empfehlungen** und **Stellungnahmen**, die rechtlich unverbindlichen Charakter haben.

Primäres/sekundäres Gemeinschaftsrecht

Im Europarecht wird zwischen primärem (»ursprünglichen«) und sekundärem (»abgeleitetem«) Recht unterschieden. Diese Unterscheidung ist vergleichbar mit der in der Bundesrepublik Deutschland üblichen Differenzierung zwischen Verfassungsrecht einerseits und einfachem Recht andererseits.

Die europ. Verträge stellen als Primärrecht – auch dank der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) – eine Art europ. Verfassungsrecht dar. Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften wurden inzwischen mehrfach geändert, zuletzt durch den Lissabonner Vertrag (2007), der jedoch noch in allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Durch das primäre Recht wird auch geregelt, welche Organe auf welche Weise an Beschlüssen beteiligt sind. Hiervon unterscheidet sich das Sekundärrecht, das im Rahmen der primärrechtlichen Verträge und gemäß den dort festgelegten Regeln erlassen wird.

Begriff der Konstitutionalisierung

die schrittweise Annäherung von Inhalt, Form und Qualität des Gemeinschaftsrechts an die Standards nationalstaatlicher Verfassungen (und dementsprechend eine Wegentwicklung von Prinzipien des Völkerrechts).
(schrittweise Vertiefung der EU in Richtung der Standards von Nationalstaaten)

Kriterien:

einfaches Dokument zur Organisation einer politischen Gemeinschaft mit legitimatorischer Kraft
rechtsstaatliches System
Institutionen, Verfahren zur kollektiven, autoritativen Entscheidungsfindung
Begrenzung durch Rechtsstaat und Garantie Grund- und Menschenrechte
Kompetenzordnung innerhalb föderalistischer Gebilde

Rechtsdoktrinen I

Gemeinschaftsrecht als autonome Rechtsordnung zw Völkerrecht u Staatsrecht

Direktwirkung:

Der Grundsatz der unmittelbaren Wirkung ermöglicht es Einzelnen, sich unmittelbar vor einem nationalen Gericht auf eine EU-Rechtsvorschrift zu berufen. Dieser Grundsatz betrifft nur bestimmte EU-Rechtsakte und unterliegt darüber hinaus mehreren Bedingungen.

Die unmittelbare Wirkung des EU-Rechts bildet zusammen mit dem Grundsatz des Vorrangs einen wesentlichen Grundsatz des EU-Rechts. Sie wurde vom Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) anerkannt und **ermöglicht es Einzelnen, sich vor Gericht ungeachtet eines bestehenden innerstaatlichen Gesetzestextes unmittelbar auf EU-Recht zu berufen.**

Der Grundsatz der unmittelbaren Wirkung gewährleistet so die Anwendbarkeit und die Wirksamkeit des EU-Rechts in den EU-Ländern. Der Gerichtshof der Europäischen Union hat jedoch mehrere Bedingungen für die unmittelbare Anwendbarkeit eines europäischen Rechtsakts festgelegt. Die unmittelbare Wirkung eines Rechtsaktes kann zudem nur die Beziehungen zwischen einem Einzelnen und einem EU-Land betreffen oder auf die Beziehungen zwischen Einzelnen ausgeweitet werden.

Anwendungsvorrang:

Im Europarecht beschreibt der Begriff Anwendungsvorrang des Unionsrechts das Verhältnis zwischen nationalem (mitgliedstaatlichem) und dem Unionsrecht. **Nach dem Grundsatz des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts haben „die Verträge und das von der Union auf der Grundlage der Verträge gesetzte Recht [...] Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten“.** Das bedeutet, dass nationale Behörden und Gerichte verpflichtet sind, die Vorschrift des Unionsrechts auch dann anzuwenden, wenn eine Vorschrift des nationalen Rechts dem entgegensteht. Ein Geltungsvorrang des Unionsrechts besteht dagegen nicht.

„Pre-emption“:

Ist die EU gesetzgeberisch tätig geworden, darf der MS nicht auf demselben Gebiet gesetzgeberisch tätig werden (im Falle geteilter Zuständigkeiten)

Implied-powers

Verfügt die EU über interne Kompetenzen in einem Bereich, steht ihr auch eine entsprechende externe Vertragsschließungskompetenz zu (Verträge mit Drittstaaten)

Mitgliedsstaatliche Haftung für Europarechtsverstöße:

Im Falle der Schädigung eines Einzelnen durch die Nicht- Umsetzung einer EU-Richtlinie entsteht ein Haftungsanspruch gegenüber dem MS

Grundrechtsschutz:

Gründungsverträge enthalten keinen Grundrechtskatalog, ABER:

EuGH Ende 1960er: Berücksichtigung Grundrechte in Rechtsprechung

Grundrechte wurden erstmal 1986 in der EEA (European Economic Area) als Grundlage der Demokratie bezeichnet

2000 Gipfel von Nizza: Charta der Grundrechte (rechtl. unverbindlich)

2007 Lissabon: Grundrechtecharta rechtlich verbindlich

Gesamtänderung der Bundesverfassung

Demokratieprinzip

Gewaltenteilungsprinzip

Rechtsstaatliches Prinzip

Föderalistisches Prinzip

Volksabstimmung 67% Zustimmung Europäisierung von Verfassung und Recht in Ö

Veränderungen in der Bundesverfassung

Bestimmungen zu Europawahlen Vorschlagsrecht der Bundesregierung für österr.

VertreterInnen in EU-Institutionen

Beteiligungsrechte der Länder an der österr. Willensbildung in sie

betreffenden EU-Angelegenheiten (v
verbindliche Stellungnahmen, Vertretungsrecht in EU-Gremien)
Beteiligungsrechte des Parlaments bei der österr. Willensbildung in
EU-Rechtssetzungsangelegenheiten
(verbindliche Stellungnahmen)
und bei der Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips (Einwände; Kla
gerecht
vor EuGH) sowie Zustimmungserfordernis zum Übergang von
Einstimmigkeit zum doppelten Mehrheitsprinzip im Ministerrat und vom
besonderen zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren
Regeln für die Mitwirkung an der GAS

11. Definieren Sie Experimente und Beobachtungsstudien. Was unterscheidet diese Arten des Forschungsdesigns?

Experimente

- Zwei Merkmale:
 - o Versuchspersonen werden in Versuchs- und Kontrollgruppen unterteilt, die bis auf das „Treatment“ (UV) gleich behandelt werden
 - o Durch Randomisierung kann der Einfluss von Störfaktoren ausgeschlossen werden
- ➔ Unterscheiden sich die Gruppen in ihrer Reaktion (AV), kann ein Einfluss der UV auf die AV nachgewiesen werden
- Arten: Labor-, Survey- oder Feldexperimente
- ➔ Hohe interne Validität aber geringe externe Validität (v.a. bei Laborexperimenten)

Beobachtungsstudien

- Beobachtungsstudie: Nicht-experimentelle Designs
 - o Beobachtung real existierender Fälle
 - o keine Beeinflussung des Datengenerierungsprozesses
- Problem: Ohne direkten Einfluss auf den Datengenerierungsprozess können andere Störfaktoren (Drittvariablen) existieren, die das empirische Ergebnis beeinflussen.
-

Idee: Analyse eines postulierten Kausalzusammenhangs „unter Kontrolle“
von alternativen Erklärungsfaktoren

Zwei Beispiele:

1. Längsschnittanalyse
2. Kontrolle durch Fallauswahl

12. EU- Umweltpolitik erklären

- In den Anfangsjahren wenig Bedeutung der Umweltpolitik
- Primärrechtlichen Rang erhielt die Umweltpolitik mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1987

- Umweltpolitik der EU = beispielhafte Rolle für supranationale Politik. Der Rechtsgrundsatz "Europarecht bricht Bundesrecht" kann in der Umweltpolitik umgedeutet werden in: "Europarecht gibt Bundesrecht vor".

verpflichtende Rechtsakte als Teile des europäischen Sekundärrechts:

- vor allem Verordnungen (allgemeine Regelung mit unmittelbarer innerstaatlicher Geltung; entspräche im staatlichen Recht einem Gesetz)
 - Richtlinien (allgemeine Regelung, die von den Mitgliedstaaten in staatliches Recht umzusetzen ist)
 - Beschlüsse (verbindliche Regelung im Einzelfall; eine Entscheidung ist nur für die darin bezeichneten Adressaten verbindlich)
 - Empfehlungen und Stellungnahmen (rechtlich nicht verbindlich)
- Erfolg trotz Politikverflechtung
 - Trennung von Regulativen und distributiven Problemen

Umwelt ist ein regulatives Politikfeld

Binnenmarkt beschränkt nationalen Umweltschutz

Nationaler Umweltschutz darf Binnenmarkt einschränken

13. EU- Wirtschafts- und Währungspolitik

Die wirtschaftliche Logik der Integration

→ Freihandelszone

Zollunion

Binnenmarkt

Währungsunion

Lokomotiven-Theorie' (Fr) versus 'Krönungstheorie' (Dtl)

→ **Wirtschaftsunion**

wirtschaftspolitische Koordinierung

European economic governance'

Wirtschaftsregierung

→ Eurozone Ab 2010: Euro- Krise!

Spill-over Effekte, Gefahr des Zusammenbruchs

Forschung zu policy responses

Austerität oder Sparsamkeit in (6-Pack, 2 -Pack, Fiskalpakt etc.)

Solidarität (Bilaterale Kredite Vergabe der Mitgliedstaaten, Europäischer Stabilitätsmechanismus, EZB -Politik)

Euro:

- Bisher gemeinsame Währung von 19 Mitgliedstaaten (2002) → Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes

14. Politikfelder der EU Außen Beziehungen

Alleinige Kompetenz hat die EU im Feld der Außenhandelspolitik, etwa im Bereich umfassender Handelsabkommen oder im Bereich der Zölle.

Akteure

- Europäische Kommission
- EU Mitgliedsstaaten
- Europäisches Parlament
- (Interessensgruppen)
- (Nationale Parlamente)
- (Externe Akteure)

Politikfelder:

Entwicklungszusammenarbeit

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik(GASP)

Gemeinsame Sicherheits-und Verteidigungspolitik

15. Geschlecht als politikwissenschaftliche Kategorie

- Geschlecht als nominale Variable (z.B. Wahlforschung) => Analyse der Unterschiede zwischen Männern und Frauen
sex –biologisches Geschlecht
- Geschlecht als Strukturkategorie fragt
 - o nach der Bedeutung der Zweigeschlechtlichkeit in politischen Prozessen (wann wird der Unterschied zwischen Männern und Frauen wichtig?)
 - o danach, wie Zweigeschlechtlichkeit alle politischen Institutionen, Normen, Prozesse und Organisationen prägt

16. Rechtspopulismus und Geschlecht?

Grundannahme: Der Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa hat mit Geschlecht zu tun, sowohl mit der Konstruktion von „Weiblichkeit“ wie auch „Männlichkeit“. Die Veränderung von Geschlechterverhältnissen und tradierten Rollenbildern im Neoliberalismus beeinflussen die Entwicklung rechter Parteien. Sie nehmen diese Veränderung aktiv in ihre Politik auf.

Die Mehrheit der WählerInnen rechtspopulistischer Parteien sind Männer. Es ist davon auszugehen, dass Männer anfälliger sind für gewaltförmiges, rechtes Gedankengut. Männer fühlen sich eher von einer heroisch – männlichen Führerschaft angesprochen (ABER: Es gibt auch einige rechte Parteien, die von Frauen geführt werden (Le Pen, Petry). Auch Trump wurde von einer Mehrheit der (weißen) Frauen in den USA gewählt.

Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ist auch auf eine Repräsentationskrise etablierter Parteien zurückzuführen. Außerdem auf eine Schwächung des Sozialstaates und der Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten in vielen Ländern. (Eribon: politische Notwehr)

Aber auch die Veränderung in den Geschlechterverhältnissen hat beigetragen. Der Nachkriegskompromiss war ein „männlicher“ Kompromiss und trieb Frauen oftmals in eine Abhängigkeit von (Ehe) Männern, die als Familienernährer galten. Die Frau hatte sich um reproduktive Arbeit zu kümmern.

- ➔ 70er Jahre: Vermehrte Politisierung von Geschlechterungleichheit, Frauen drängen in höhere Bildungseinrichtungen. Gleichzeitige Erosion sozialer Sicherheit und Erosion traditioneller Bilder von Männlichkeit

Anti-Genderismus:

- ⇒ gegen den Begriff Gender
 - ⇒ gegen Gender Studies
 - ⇒ gegen Gender Mainstreaming
 - ⇒ gegen Anerkennung sexueller Differenz (Homo-Ehe)
 - ⇒ gegen Sexualkunde
-
- Geschlecht als zweigeschlechtlich
 - Klassisches Familienbild (heterosexuelle Kleinfamilie)
 - Genderismus will Geschlechteridentität auflösen
 - „Wahlfreiheit“, Frauen sollen nicht gezwungen werden in Erwerbsarbeit zu gehen.
 - Frauen müssen geschützt werden (Verbindung Migration)
 - Männer als Beschützer
 - Anti-Genderismus als Element antagonistischer Politikstrategie: gegen die EU (Gender Mainstreaming), gegen die intellektuelle und politische Elite (Gender Mainstreaming, Gender Studies als Geldverschwendung), gegen ImmigrantInnen
-
- Geschlecht als Beispiel für das Versagen der politischen Elite (Identitätspolitik versus Sozialpolitik)
 - Geschlecht als Paradigma für „natürliche Ungleichheit“=> Rechtfertigung sozialer Ungleichheit, prinzipieller Ungleichheit der Menschen
 - Geschlecht als Paradigma für rassistische Ausschließung (Ethnopluralismus)
 - Geschlecht als Paradigma für Konstruktion eines „reinen“Volkes => nativistisches Volkskonstrukt
 - Anti-Gender-Diskurs macht Angebot für männliche Selbstaffirmierung (Kritik der Privilegierung von Frauen)

17. Rikers Spieltheoretischer Ansatz am Beispiel der Koalitionsbildung. Welche Möglichkeiten gibt es?

Unter einer minimalen Gewinnkoalition (minimal winning coalition) verstehen Politikwissenschaftler eine Koalition, die erstens über eine Regierungsmehrheit verfügt (im Gegensatz etwa zu einer Koalition einer Minderheitsregierung) und zweitens minimal in dem Sinne ist, dass jede Koalitionspartei zum Erreichen dieser Mehrheit benötigt wird (im Gegensatz zur übergroßen Koalition).

Im deutschen Parteiensystem sind solche Koalitionen auf Bundes- und Landesebene die Regel, wenn keine absolute Mehrheit erreicht wird. Die in der frühen Bundesrepublik auf Landesebene praktizierten Allparteienkoalitionen (vgl. die Zauberformel in der Schweiz) verschwanden mit der Bildung der politischen Lager und des "Dreiparteiensystems" aus

Union, SPD und FDP. Übergroße Koalitionen wurden zwar in letzter Zeit bisweilen durch Parteien angeboten, die eigentlich mit absoluter Mehrheit regieren konnten (2003 von der CDU in Hessen, 2006 von der SPD in Rheinland-Pfalz), aber vom kleineren Partner immer abgelehnt, da die Notwendigkeit eines Partners für die Regierungsarbeit als Grundlage seines Einflusses gilt.

Beispiel

Beispiel mit fünf Parteien, 100 Sitzen, Mehrheit bei 51 Sitzen:

A: 40 Sitze

B: 30 Sitze

C: 15 Sitze

D: 8 Sitze

E: 7 Sitze

Minimale Gewinnkoalitionen sind in diesem Fall die Koalitionen: {A,B}, {A,C}, {A,D,E}, {B,C,D} und {B,C,E}. Alle übrigen Koalitionen besitzen entweder keine Mehrheit, wodurch sie das Kriterium der Gewinnkoalition verfehlen (z. B. {A,D} mit nur 48 Sitzen), oder beinhalten eine für die Mehrheitsbildung nicht nötige Partei, weshalb sie nicht minimal sind (z. B. Partei D in der Koalition {A,B,D}).

Die minimale Gewinnkoalition mit der knappsten Mehrheit wird auch als Koalition der knappsten Mehrheit (smallest size coalition, minimum winning coalition) bezeichnet. Im obigen Beispiel ist dies die Koalition {B,C,E} mit 52 Sitzen.

18. Was ist der Unterschied zwischen dem normativen und dem realistischen Politikbegriff. Definitionen von Max Weber und Dolf Sternberg verwenden.

Der normative Politikbegriff geht davon aus, dass der Mensch nur in einer guten politischen Ordnung seine Fähigkeiten zum Ausdruck bringen kann. Grundfrage: Wie SOLL Politik beschaffen sein? Politik orientiert sich an bestimmten Werten und wird deshalb als „normativ“ bezeichnet.

„Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede. Das Politische müssen und wollen wir zu begreifen versuchen als den Bereich der Bestrebungen, Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu schützen und freilich auch zu verteidigen. Oder, anders ausgedrückt: Der Friede ist die politische Kategorie schlechthin. Oder, noch einmal anders ausgedrückt: Der Friede ist der Grund und das Merkmal und die Norm des Politischen, dies alles zugleich.“

Im Gegensatz dazu ist die zentrale Frage in Max Webers Verständnis eines realistischen Politikbegriffs „wie IST Politik beschaffen“? Politik ist für ihn immer das Streben nach Machtanteil oder das Streben danach, auf die Machtverteilung Einfluss zu nehmen. Sei es zwischen Staaten, Menschengruppen oder innerhalb von Staaten.

→ realistisch sein, Fakten erkennen durch Vernunft positivistische Theorie

→ nicht moralisch sein, gute Absichten und idealistisch

Hauptannahmen:

(1) internationales System ist anarchisch

(2) es geht um Macht und Sicherheit der Nationen, die wachsen soll;

19. Was bedeutet die Europäisierung für die Parteienlandschaft?

Europäisierung politischer Parteien:

1. Entwicklung neuer anti-/pro- europ. Parteien
2. Entwicklung paneuropäischer Parteienkonstellationen (EPP, S+Ds, Greens etc)
3. Aushöhlung des nat Parteienwettbewerbs und nat Wahlkämpfe
4. Entw. Alternativer nicht – parteipol. Repräsentationskanäle

Herausforderungen f Parteien

EU spaltet WählerInnenschaft:

Reaktion?

Integration oder Ausklammerung von EU Themen aus nat. Wahlkampf

Pro – und anti EU Positionen als gem. nat. Projekt → Gefährdung der EU

Inkorporierung europ Politik in nat. Parteienwettbewerb → Gefährdung der existierenden sozialen Klassenkoalitionen der Parteien (Unterschiedliche Interessen von Gruppen innerhalb der ‚Arbeiterschaft‘ und der ‚Mittelschicht‘ im Hinblick auf den Binnenmarkt)

Programmatischer Wandel

Aufnahme europ. Bezüge in nat Wahlprogramme

- Mehr bei pro EU (oft GASP, Handel, Wirtschaft), eher nicht Bildung, soziales
- Je später Beitritt desto mehr EU Bezug

Keine allgemeine Ähnlichkeit von Wahlprogrammen aber:

- Annäherung von Links- bzw. Sozialdemokratischen Parteien in gewissen Politikfeldern (z.B. Außenbeziehungen, Bildung, Multikulturalismus)
- Geringere Varianz innerhalb der Parteifamilien von EU-Mitgliedern im Vergleich mit Nicht-Mitgliedern

→ EU Themen vergleichsweise geringe Bedeutung

Organisatorischer Wandel

Nationale Parteirepräsentanten, die aufgrund ihrer Funktion in den EU-Entscheidungsprozess

involviert sind (Regierungsmitglieder) ABER Keine Mechanismen, um Regierungsvertreter innerparteilich zu kontrollieren

Parlamentarische EU-Spezialisten (national und supranational = **MEPs**)

Parteiinterne EU-Spezialisten (teilweise Personalunion zw. DelegationsleiterIn im EP und EU-Sprecher der Partei, z.B. SPÖ bis 2000)

MEPs fast überall in Parteiorganisationen integriert, aber eher **geringer Einfluss und geringe Verantwortlichkeit** (Einfluss eher nur auf **EU-bezogene Programmatik**; Hoher Autonomiegrad von MEPs – Ausnahmen: Angelegenheiten, die innenpolitisch oder innerparteilich Gegenstand von Auseinandersetzung sind (z.B. Ö: Erweiterung, Verfassung, Atomenergie, Verkehr, Sicherheit)

Nur **selten Aufwertung von neuen EU-bezogenen Parteiämtern** (europapolitische Sprecher, Berater) oder internationaler oder EU-Sekretariate → z.B. SPÖ: parteiinterne ‚europapolitische Arbeitsgruppe‘ (rund 30 Mitglieder; Leiter: Delegationsleiter im EP, EU-Spezialisten der Partei auch aus Landesparteien, AK und ÖGB)

Größere Parteien → mehr Ressourcen → mehr EU-Spezialisten (oft extern finanziert (z.B. Sekretäre von MEPs durch Interessenorganisationen bereitgestellt))

Einfluss der Parteiliten ist generell hoch (zB Erstellung der Kandidatenlisten für EP-Wahlen)

Einfluss steigt im Falle der Regierungsbeteiligung im Vergleich zu parlamentarischen EU-Spezialisten

Beziehungen zw. nationalen und Europäischen Parteien

- Wenig Forschung zu Auswirkungen
- **Europäisierungseffekte der Europäischen Parteien v.a. auf Parteien der neuen, post-sozialistischen Mitgliedsländer** (Organisatorische Vorlagen, Programmatische Angebote, Bildung von parteipolitischen Netzwerken zur Förderung des Beitrittsprozesses, Sozialisations- und Lerneffekte für Parteiliten in neuen Mitgliedsländern)
- Schaffung von ‚**Büros für Außenbeziehungen**‘ unter Kontrolle der **Parteivorsitzenden** (z.B. CDU – EVP), um Politik der EVP beeinflussen zu können
- **Bottom-up-Effekte durch Beitritt** der spanischen Partido Popular zur EVP: weniger christlich und integrationsfreundlich, stärker pragmatisch und anti-sozialistisch
- **Einfluss auf nationale Parteiprogramme** (Erweiterung des Themenspektrums nationaler Parteiprogramme, Weitgehende Übernahme der Wertungen und Einschätzungen der europäisch Parteien)

Auswirkungen auf repräsentative Demokratie

Nationale Parteien relative wenig Interesse an EU Fragen (keine Wahlmöglichkeiten bezgl. europapolitische Themen (jenseits von pro-/anti-EU)

- **Vermeidung innerparteilichen Streits**
- **Innerparteiliche Regeln erschweren die Einflussnahme** der ‚party on the ground‘ (einfache Mitglieder, Parteitage, etc.) auf EU Angelegenheiten (Programm, Personalauswahl, Agendasetting etc.)
- Parteien betrachten **EU-Politik als Teil der Außenpolitik**

- traditionell **Vormacht der Partielite**
- 'innerparteiliches **Demokratiedefizit**'

Mögliche Rückwirkungen

- Verstärkung des Trends zum Rückzug aus der Politik („Depolitisierung“) (Keine Artikulationsmöglichkeit für WählerInnen)
- ➔ Verstärkung des Vertrauensverlustes in Regierungen und politische Eliten (Parteien)
- Alle Wahlen, nicht nur Europawahlen, verlieren an Bedeutung ➔ Entscheidungen auf EU-Ebene werden immer relevanter, Europawahlen bieten aber keine Alternativen an
- Nationaler Handlungsspielraum wird immer geringer, nationale Wahlen bieten weniger Gestaltungsspielraum i.H. auf Politikoptionen

Stärkung anti-europäischer Einstellungen in der Bevölkerung

20. Nennen Sie 2 Umweltorganisationen, wo es viele Vertreter gibt

Greenpeace, Global 2000

Was ist der Unterschied zwischen Sex und Gender. Warum wurde diese Unterscheidung eingeführt?

Sex = biologisches Geschlecht

Gender = Soziales Geschlecht

Die Unterscheidung geht davon aus, dass Menschen nicht als Mann oder Frau geboren werden, sondern dazu gemacht werden (vgl Simone de Beauvoir). Geschlecht ist also eine sozial hergestellte Theorie und lässt auch Raum für unterschiedliche Geschlechteridentitäten, wie zum Beispiel Transsexuelle oder Intersexuelle Menschen.

Rational Choice:

Der Rational-Choice-Ansatz der Wahlverhaltensforschung ist ein Modell zur Erklärung des Wählerverhaltens. Daneben existieren in der Wahlforschung sozialstrukturelle und sozialpsychologische Ansätze. Der Rational-Choice-Ansatz geht von einer rationalen Entscheidung des Wählers aus.

Nachhaltigkeit:

ist ein Handlungsprinzip zur Ressourcen-Nutzung, bei dem die Bewahrung der wesentlichen Eigenschaften, der Stabilität und der natürlichen Regenerationsfähigkeit des jeweiligen Systems im Vordergrund steht.

Drittstaatsangehörige:

weder EU-Bürgerinnen/EU-Bürger
noch sonstige EWR-Bürgerinnen/EWR-Bürger (aus Island, Liechtenstein oder Norwegen)
noch Schweizerinnen/Schweizer

Workfare Regime

Maskulismus

Maskulismus ist das Eintreten für die Rechte und Bedürfnisse von Männern. Eine alternative Bedeutung von Maskulismus ist eine Ideologie naturbedingter männlicher Überlegenheit oder des Androzentrismus, welche sich in Männerbünden und antifeministischen Bewegungen artikuliert.[4] Eine Kernthese des Maskulismus lautet, dass Männer von Müttern und Frauen unterdrückt werden und sich auf ihre Männlichkeit zurückbesinnen sollten.

Implementationsforschung

- Erforschung der Ursachen von sichtbaren Abweichungen zwischen Norm u. Wirklichkeit bei der Implementation, d. h. Durchführung u. Anwendung der im Prozess der Politikentwicklung entstandenen Gesetze u. anderen Handlungsprogramme.
- ➔ nicht allein Erfolg oder Misserfolg eines bestimmten Programms bewerten, sondern auch den Ablauf des Programms zu erfassen, um auf diese Weise zu allg. Aussagen über die Bedingungen der Anwendung von Politik zu gelangen.

Policy-Motivation

Policy-Motivation:

Parteien streben Macht an, um ihre präferierten Politikinhalte umzusetzen.

Intuition:

- Parteien haben Anreiz ihre Idealpositionen bestmöglich abzubilden (Divergenz)

Aber: Policy-Motivation allein ist nicht ausreichend, um vom M

Valenzthema

„A valence issue is a political issue about which voters will usually share a common preference.“

Dies sind Themen, die zwischen Wählern und Parteien unstrittig sind und über die politischer Konsens herrscht. Wenn Abstand zw. Idealeposition von Kandidaturen und Idealeposition von Wähler Null ist. (Beispielsweise Arbeitslosigkeit: Alle Parteien und auch die WählerInnen begrüßen niedrigen Wert, aber zur Erreichung dieses Ziels gibt es dann dennoch Unterschiede zwischen den Parteien).

Realismus

internationale Politik: zentral souveräne Nationalstaaten, „nationales Interesse“:

Macht akkumulieren, garantiert Sicherheit

- Frieden als balance of power, Abschreckung, notfalls militärische Gewalt
- „high politics“ (Sicherheit) wird privilegiert gegenüber „low politics“
- Kooperation/Bündnisse zur Absicherung von Machtinteressen
- Selbsthilfe wegen Konkurrenz wichtiger als Kooperation
- int. Politik als Nullsummenspiel der Machtverteilung

Gesellschaftliche Naturverhältnisse

bilden den Gegenstand der Sozialen Ökologie. Sie repräsentieren begrifflich die dynamischen Beziehungsmuster zwischen dem Bereich der ‚Gesellschaft‘ und dem der ‚Natur‘. Gesellschaftliche Naturverhältnisse werden materiell reguliert

Das Konzept der "Gesellschaftlichen Naturverhältnisse" bezeichnet eine spezifische Form der Konzeptualisierung und Analyse des Verhältnisses von Gesellschaften zu ihrer natürlichen Umwelt. Gesellschaftliche Naturverhältnisse bilden den Gegenstand der Sozialen Ökologie.

Sie repräsentieren begrifflich die dynamischen Beziehungsmuster zwischen dem Bereich der ‚Gesellschaft‘ und dem der ‚Natur‘. Gesellschaftliche Naturverhältnisse werden materiell reguliert (z. B. durch Versorgungssysteme für Wasser, Nahrung und Energie) und kulturell symbolisiert (z. B. durch Theorien, Naturbilder oder Mythen). Anhand einzelner und konkreter Phänomenzusammenhänge lässt sich untersuchen, wie unterschiedliche gesellschaftliche und natürliche Elemente selektiv und dynamisch miteinander verknüpft sind

dialektischer ‚Vermittlungszusammenhang‘ von Gesellschaft und Natur. Dabei verweisen die Begriffe Gesellschaft und Natur konstitutiv aufeinander: 'Natur' ist ohne einen Begriff von 'Gesellschaft' nicht angemessen zu denken, und jeder Begriff von 'Gesellschaft' verweist auf 'Natur'.

Kalter Krieg

wird der Konflikt zwischen den Westmächten unter Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem sogenannten Ostblock unter Führung der Sowjetunion genannt, den diese von 1947 bis 1989 mit nahezu allen Mitteln austrugen

Malestream oder Mainstream

Durch Umwandlung von main in male werden dominante Strömungen gesellschaftlicher Bereiche und Debatten charakterisiert, die als durch Männer bestimmt und auf deren Lebens- und Wertvorstellungen hin gestaltet verstanden werden.

„Malestream“ wird auch als Schlagwort gebraucht, um davon als randständig betrachtete (queer-)feministischen Teil- oder Gegenöffentlichkeiten abzugrenzen, in denen Hierarchisierungen durch soziales Geschlecht (Gender) oder sexuelle Orientierung ihrem Selbstverständnis nach deutlich thematisiert und kritisiert werden.

Transnationale Politik

werden Merkmale und Prozesse bezeichnet, die über die staatlichen Grenzen der Nationen hinausgehen und auch von nichtstaatlichen Akteuren betrieben werden.

In der Politikwissenschaft bezieht sich transnational auf die Tatsache, dass Beziehungen zwischen Angehörigen von Bevölkerungen verschiedener Staaten bestehen, im Unterschied zu internationalen Beziehungen, die zwischen Staaten selbst (und ihren Regierungen) bestehen. Beispiele sind Beziehungen zwischen Nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)

Transnationale Akteure sind somit gesellschaftliche Akteure, die über Ländergrenzen hinweg agieren. Zu diesen können Transnationale Organisation gezählt werden (Zum Beispiel Hilfsorganisationen, Wirtschaftsunternehmen), aber auch soziale Netzwerke und soziale

Bewegungen (zum Beispiel Globalisierungskritiker) werden als transnational bezeichnet, wenn deren Strukturen unabhängig von staatlicher Vermittlung in mehreren Staaten bestehen.

Medianwähler

Entscheidet eine Gruppe mit Mehrheitswahl über verschiedene Alternativen (im eindimensionalen Raum), wird die Entscheidung den Präferenzen des Medians entsprechen

Wähler, deren politisch-ideologischen Anschauungen links der linken Partei liegen, werden die linke Partei wählen, da sie von ihr besser vertreten werden. Umgekehrt werden Wähler, deren Anschauungen rechts der rechten Partei liegen, die rechte Partei wählen. Diese Ränder müssen die beiden Parteien bei ihren Äußerungen nicht berücksichtigen, die Stimmen sind ihnen gewissermaßen bereits sicher.

Das Medianwählermodell geht daher davon aus, dass im Wahlkampf die Positionen der politischen Mitte besonders umkämpft sind. Rückt die linke Partei programmatisch näher an die rechte Partei heran, so kann sie dieser Wählerstimmen abnehmen. Umgekehrt wird die rechte Partei bestrebt sein, weiter nach links zu rücken. Es findet ein Kampf um die Mitte statt. Der für den Wahlausgang entscheidende Wähler der Mitte heißt Medianwähler.

Intersektionalität

Intersektionalität (von engl. intersection „Schnittpunkt, Schnittmenge“) beschreibt die Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen in einer Person. Intersektionelle Diskriminierung liege vor, „wenn – beeinflusst durch den Kontext und die Situation – eine Person aufgrund verschiedener zusammenwirkender Persönlichkeitsmerkmale Opfer von Diskriminierung wird.“[

Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, oder Klassismus addieren sich nicht nur in einer Person, sondern führen zu eigenständigen Diskriminierungserfahrungen.

Denizenship

Das Konzept des Denizenship wurde als Analyse- und politisches Modell von Rainer Bauböck weiterentwickelt und mit dem Begriff der Wohnbürgerschaft übersetzt. Wohnbürgerschaft wäre demnach ein Zwischenstatus mit weitestgehender rechtlicher Gleichstellung von Aus- und Inländern, "Wohnbürger" hätten nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer weitgehend die gleichen Rechte wie Staatsbürger. Die EU-Bürgerschaft ist mit ihrer Gleichstellung von Staatsbürgern und EU-Bürgern in vielen Bereichen praktisch an einem derartigen Modell orientiert.

Gewinnkoalition

Minimale Gewinnkoalition heißt alle Parteien zum Erhalt des Mehrheitsstatus benötigt

Unter einer minimalen Gewinnkoalition (minimal winning coalition) verstehen

Politikwissenschaftler eine Koalition, die erstens über eine Regierungsmehrheit verfügt (im Gegensatz etwa zu einer Koalition einer Minderheitsregierung) und zweitens minimal in dem Sinne ist, dass jede Koalitionspartei zum Erreichen dieser Mehrheit benötigt wird (im Gegensatz zur übergroßen Koalition).

Europäisierung

In Abgrenzung zur europäischen Integration beschreibt Europäisierung jetzt im Minimalkonsens die nationalen Reaktionen auf europäische Prozesse. Die durch Impulse der EU-Ebene ausgelösten politischen Veränderungen in den EU-Mitgliedsstaaten müssen dabei jedoch nicht unbedingt die europäische Integration vertiefen.

IPÖ: Verhältnis von Politik – Ökonomie – Zivilgesellschaft

Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) (engl.: International Political Economy - IPE) ist ein Teilgebiet der internationalen Beziehungen, das sich insbesondere mit den politischen Aspekten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. In Großbritannien, Kanada und Australien[3] wird es eher als ein interdisziplinäres Forschungsgebiet aufgefasst, das vor allem Ansätze der Politikwissenschaft und anderer Sozialwissenschaften mit denen der Politischen Ökonomie vereinigt.

„The whole point of studying international political economy rather than international relations is to extend more widely the conventional limits of the study of politics, and the conventional concepts of who engages in politics, and of how and by whom power is exercised to influence outcomes. Far from being a subdiscipline of international relations, IPE should claim that international relations are a subdiscipline of IPE“ (Strange 1994: 218).

Male breadwinner model-Exklusion

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, durch das wohlfahrtsstaatlich abgesicherte "male breadwinner model", das Modell des männlichen Familienernährers und der zuarbeitenden Hausfrau, und durch die prekäre Integration von Frauen in politische Institutionen. Auch "Geschlechtsethnizität" (Encarnacion Gutierrez Rodriguez 1999) ist in diesen sozialstaatlichen Regelungen verankert – und benachteiligt Frauen anderer Ethnien bzw. anderer Nationalität z.B. durch fremden- und aufenthaltsrechtliche Regelungen in ganz spezifischer Weise – sie geraten dadurch in ökonomische Abhängigkeit von ihrem Ehemann. Gestaltung der Bevölkerung, eine Neuinterpretation, wer dazu gehört und wer nicht dazugehört, also der Inklusion und Exklusion im Nationalstaat.

Drittvariable oder Störfaktoren

sind all jene Faktoren, welche sowohl die abhängige Variable als auch die unabhängige Variable beeinflussen können und nicht manipuliert werden. Dies können Merkmale von Versuchspersonen oder äußere Faktoren sein.

Politikverflechtungsfälle

Das Konzept der Politikverflechtungsfälle deutet darauf hin, dass in den gegebenen Verflechtungsstrukturen nicht nur eine Blockadesituation in Sachentscheidungen vorliegt, sondern dass auch institutionelle Änderungen unmöglich sind, die eine Entflechtung des Mehrebenensystems zur Folge hätten.

Das liegt daran, dass bei einer anstehenden Verfassungsänderung solche Akteure als potenzielle Vetospieler auftreten, die von der Verflechtung profitieren – im deutschen Föderalismus sind dies konkret die Landesregierungen.

Vor- und Nachteile:

- Nachteil ist die wenig effiziente Entscheidungsfindung, da aufgrund der häufigen Blockaden eine Status-Quo-Orientierung existiert.
- Vorteil: Existenz vieler potenzieller Vetospieler mit einer Stabilität des politischen Systems verbunden sei. Die komplexe Verflechtungsstruktur sorgt für „Checks and Balances“ gegen leichtfertige Verfassungsänderungen und für Kontinuität einer demokratischen politischen Ordnung.

Androzentrismus

Unter Androzentrismus wird eine Sichtweise verstanden, die Männer als Zentrum, Maßstab und Norm versteht. Androzentrismus kann also als eine gesellschaftliche Fixierung auf den Mann oder das „Männliche“ verstanden werden.

EU Parlament

Das Europäische mit offiziellem Sitz in Straßburg ist das Parlament der Europäischen Union. Seit 1979 wird es alle 5 Jahre von den Bürgern der EU gewählt. Damit ist das Europäische Parlament nicht nur das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union, sondern die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit.

intergouvernementale Politik

Als Intergouvernementalismus (auch Intergovernmentalismus, bezeichnet man im Völkerrecht, Europarecht und der Politikwissenschaft das Prinzip der Regierungszusammenarbeit zwischen Staaten innerhalb einer internationalen Organisation (Beispiel UNO, EU).

Transaktionskosten

Die Transaktionskostentheorie ist eine Organisationstheorie, die zur Neuen Institutionenökonomik gezählt wird und in welcher der Vertrag als Organisationsform im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht. Mit der Transaktionskostentheorie möchte man erklären, warum bestimmte Transaktionen in bestimmten institutionellen Arrangements, also Organisationsformen des Tausches, mehr oder weniger effizient abgewickelt und organisiert werden. Sie geht davon aus, dass jegliches Handeln in einer Marktwirtschaft mit Kosten verbunden ist, und dass Vertragspartner mit begrenzter Rationalität (begrenzt Wissen, Zeit, Info) handeln. Dass sie opportunistisch handeln, also die eigene Gewinnmaximierung in den Vordergrund stellen.

Externe Validität

- Ausmaß der Generalisierbarkeit der Ergebnisse einer Untersuchung

- ➔ Beispiel: Kann man von einer Analyse der maltesischen WählerInnen auf alle WählerInnen in der EU schließen?

Inklusion

Die Forderung nach sozialer Inklusion ist verwirklicht, wenn jeder Mensch in seiner Individualität von der Gesellschaft akzeptiert wird und die Möglichkeit hat, in vollem Umfang an ihr teilzuhaben oder teilzunehmen. Unterschiede und Abweichungen werden im Rahmen der sozialen Inklusion bewusst wahrgenommen, aber in ihrer Bedeutung eingeschränkt oder gar aufgehoben. Ihr Vorhandensein wird von der Gesellschaft weder in Frage gestellt noch als Besonderheit gesehen. Das Recht zur Teilhabe wird sozialetisch begründet und bezieht sich auf sämtliche Lebensbereiche, in denen sich alle barrierefrei bewegen können sollen.

- ➔ Die einzelne Person ist nicht mehr gezwungen, nicht erreichbare Normen zu erfüllen, vielmehr ist es die Gesellschaft, die Strukturen schafft, in denen sich Personen mit Besonderheiten einbringen und auf die ihnen eigene Art wertvolle Leistungen erbringen können

Behavioural Revolution

- Fokus auf Verhalten politischer Akteur
- Einflüsse der Anthropologie, Biologie und Soziologie
- Ab 1920er Jahre
- 1953: David Easton's Systemtheorie

➔ Abkehr von legalistischem Verständnis und Analyse von Texten

Ziel: Erklärung politischer Phänomene und der Varianz über Systeme hinweg mit Hilfe allgemeiner Theorien

Rechtspopulismus

Verharmlosender Begriff?

Begriff Rechtspopulismus verweist auf strategische Innovationen rechter Parteien (Produktion des Antagonismus „Volk versus Elite“ plus weitere Antagonismen) ➔ FPÖ als Beispiel des

- Wandels von „alter“ zu „neuer“ Rechter
- Populismus besitzt nur „thin ideology“ (Cas Mudde 2004)
- Populismus muss sich mit anderen Ideologien verknüpfen

Rechtspopulismus als Strategie der Verknüpfung mit rassistischen, völkischen, nationalistischen, sexistischen, homophoben Ideologien ➔ exkludierender Populismus
Linkspopulismus ➔ Antagonismen; Ziel Inklusion, Politisierung, Demokratisierung